



## **Bericht**

**über die Reise nach Kenia und Äthiopien  
der Bundestagsabgeordneten Frank Heinrich (CDU)  
und Thilo Hoppe (Bündnis 90/Die Grünen) vom 27.01. bis zum 03.02.2012**

Ziel der Reise war es, sich einen Überblick über die aktuelle Lage in den von Dürre und Hunger betroffenen Gebieten am Horn von Afrika zu verschaffen und der Frage nachzugehen, wie humanitäre Hilfe effektiv mit mittel- und langfristig orientierter Entwicklungszusammenarbeit verbunden werden kann, um weiteren Hungersnöten vorzubeugen. In den Gesprächen in Äthiopien ging es auch um die aktuelle Menschenrechtslage.

## Inhaltverzeichnis

### I. Programmübersicht

### II. Die Etappen im Einzelnen

- a. Kenia: Besuch des Flüchtlingslagers Kakuma
- b. Arbeitsessen mit Botschafterin Margit Hellwig-Boette sowie MitarbeiterInnen des UNHCR, der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und der politischen Stiftungen
- c. Fahrt nach Kajiado und Besuch von Wasserprojekten der Deutschen Welthungerhilfe
- d. Äthiopien: Besuch des Meret-Programms des Welternährungsprogramms
- e. Besuch des UNHCR-Flüchtlingslagers Dollo Ado sowie Vor- und Nachbereitungstreffen mit Vertretern des UNHCR und des WFP
- f. Arbeitsessen mit Botschafterin Cyrus, MitarbeiterInnen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, politischer Stiftungen und weiteren EntwicklungsexpertInnen
- g. Treffen mit VertreterInnen der neuen Oppositionspartei Blue Party
- h. Mittagessen mit weiteren OppositionsvertreterInnen
- i. Treffen mit Staatsminister Sileshi im Landwirtschaftsministerium
- j. Treffen mit Prof. Mesfin Woldemariam und anschließend mit VertreterInnen des äthiopischen Human Rights Council
- k. Pressegespräch mit dpa-Korrespondentin

### III. Anhänge

- a. Welthungerhilfe, Regional Office for Kenya, South Sudan, Somalia, Tanzania,
- b. WFP Ethiopia Site Visit Brief – MERET Project
- c. Amnesty International : “Äthiopien - Menschenrechtsarbeit illegal?”
- d. Teilnehmerliste beim Abendessen in Addis Abeba am 30.01.2012
- e. „EU striving to strengthen the capacity of Ethiopian CSOs, *Capital*, 29.01.2012
- f. Bericht von deutschen Botschaft in Äthiopien

## **Programmübersicht**

### **Freitag, 27. Januar**

20:40 Uhr Ankunft in Nairobi, erste Informationen durch Botschaftsvertreter Hasenau

### **Samstag, 28. Januar**

6:30 Uhr Abflug aus Nairobi

8:30 Uhr Ankunft in Kakuma, Besuch des UNHCR-Flüchtlingslagers und verschiedener dort angesiedelter Projekte der GIZ, der Polataka Grundschule, des IRC-Hospitals, der Notfallpädagogik-Station der Steiner-Stiftung sowie Gespräche mit der Leitung des UNHCR-Lagers, mit verschiedenen MitarbeiterInnen des UNHCR, des WFP, des IRC, der GIZ, der Steiner-Stiftung, äthiopischer NGOs und mit dem äthiopischen Distrikt-Kommissar

16 Uhr Abflug aus Kakuma

18 Uhr Ankunft in Nairobi

19:30 Uhr Arbeitssessen auf Einladung von Botschafterin Hellwig-Bötte mit Angehörigen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, der politischen Stiftungen und des UNHCR (Teilnehmerliste im Anhang)

### **Sonntag, 29. Januar**

8:30 Uhr Abfahrt aus Nairobi

9:30 Uhr Ankunft in Kajiado, Besuch des Projektbüros der Deutschen Welthungerhilfe und eines DWHH-Projekts im Impiro-Rock-Wassereinzugsgebiet, Gespräch mit AnwohnerInnen, ProjektmitarbeiterInnen, Mitgliedern des Wasserkomitees und dem Pastor

Anschl. Transfer nach Nairobi zum Flughafen

18:20 Uhr Abflug aus Nairobi

20:25 Uhr Ankunft in Addis Abeba, erste Informationen durch Vertreter der Botschaft, Herrn Biontino

### **Montag, 30. Januar**

7:30 Uhr Briefing durch die stellvertretende Landesdirektorin des Welternährungsprogramms (WFP), Lynne Miller

8 Uhr Abfahrt aus Addis Abeba

9:30 Uhr Ankunft in Fiche, Gespräch mit äthiopischen VerwaltungsvertreterInnen zur allgemeinen Lage bezüglich der Nahrungsmittelsicherheit sowie mit örtlichen MitarbeiterInnen des WFP über das Meret-Programm

anschl. Fahrt nach Kusaye, Besuch eines Projekts, das zum Meret-Programm des WFP gehört; Gespräch mit GemeindevertreterInnen und Projekt-MitarbeiterInnen

13 Uhr Mittagessen und Debriefing mit VertreterInnen der Stadt Fiche und WFP-MitarbeiterInnen

14:30 Uhr Abfahrt aus Fiche

16:30 Uhr Ankunft in Addis Abeba, Briefing mit Botschafterin Cyrus und MitarbeiterInnen der Botschaft

19:30 Abendessen auf Einladung des WFP mit hochrangigen VertreterInnen des WFP und des UNHCR

### **Dienstag, 31. Januar**

6:30 Uhr Abflug aus Addis Abeba

9:30 Uhr Ankunft in Dollo Ado; Besuch verschiedener Abteilungen und Einrichtungen des UNHCR-Flüchtlingslagers sowie daran angesiedelter Projekte von World Vision; Gespräche mit Flüchtlingen, MitarbeiterInnen des UNHCR, des WFP, der IOM, von „Ärzte ohne Grenzen“, Humedica sowie VertreterInnen der äthiopischen Flüchtlingsbehörde ARRA

Übernachtung im UNHCR-Compound (THW-Zelt)

### **Mittwoch, 1. Februar**

8 Uhr Abschluss-Gespräch mit Leitung des UNHCR-Lagers

9:30 Uhr Abflug aus Dollo Ado

12:30 Uhr Ankunft in Addis Abeba

15:30 Uhr Debriefing mit dem stellv. UNHCR-Landesdirektor Bornwell Kantande

19:30 Uhr Arbeitssessen auf Einladung von Botschafterin Cyrus mit Angehörigen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, der politischen Stiftungen sowie weiteren EntwicklungsexpertInnen

### **Donnerstag, 2. Februar**

8:30 Uhr Arbeitsfrühstück mit dem Landesdirektor der Heinrich-Böll-Stiftung, Patrick Berg

10:15 Uhr Treffen mit VertreterInnen der neuen Oppositionspartei „Blue Party“

12:30 Uhr Arbeitssessen mit VertreterInnen weiterer Oppositionsparteien (Medrek, AEUP)

15 Uhr Gespräch im Landwirtschaftsministerium mit Staatsminister Sileshi

16:30 Uhr Gespräch mit Prof. Mesfin Woldemariam

17:15 Uhr Gespräch mit VertreterInnen des Human Rights Council

18:30 Uhr Gespräch mit dpa-Korrespondentin

23 Uhr Abflug aus Addis Abeba

## Die Etappen im Einzelnen

### **a) Kenia: Besuch des Flüchtlingslagers Kakuma**

In dem UNHCR-Flüchtlingslager Kakuma in der Nähe der südsudanesischen Grenze leben derzeit ca. 90 000 Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern (überwiegend aus dem Sudan bzw. Südsudan – aber auch aus Somalia, der DR Kongo und Burundi). Mehrere Tausend Flüchtlinge sind auch aus dem überfüllten Flüchtlingslager Dadaab nach Kakuma verlegt worden.

In Gesprächen mit dem kenianischen Distriktkommissar Patrick Murira, dem Hauptverantwortlichen für das UNHCR-Lager, Jeff Savage, sowie zahlreichen Mitarbeiterinnen des UNHCR, des Welternährungsprogramms und verschiedener staatlicher und nicht-staatlicher Hilfs- und Entwicklungsorganisationen, die im UNHCR-Lager Kakuma und den angrenzten Gemeinden tätig sind, sowie in Gesprächen mit dort untergebrachten Flüchtlingen, informierten wir uns über die Struktur des Lagers und die aktuellen Probleme und Herausforderungen.

Wir gewannen den Eindruck, dass dieses Flüchtlingslager gut organisiert ist, die dort lebenden Menschen zumindest mit dem Nötigsten versorgt werden können und einige von ihnen auch Zugang zu Fortbildungsmaßnahmen haben, die ihnen nach der Rückkehr in ihre Heimat den Neustart erleichtern und berufliche Perspektiven geben können.

Im Rahmen von GIZ-Projekten werden Flüchtlinge darin ausgebildet, mit einfachen Mitteln und vor Ort erhältlichen Werkstoffen (Lehm und Ton) Energie sparende, effiziente Herde zu bauen. Da diese Herde bis zu 80 Prozent weniger Brennholz verbrauchen als die traditionellen Feuerstellen, wird der Druck auf die angrenzenden Buschwälder verringert und den an der Bildungsmaßnahme Beteiligten zugleich eine neue berufliche Perspektive für die Zeit nach dem Lageraufenthalt geboten.

Ähnliches kann von dem GIZ-Garten-Projekt gesagt werden. Dort bekommen Flüchtlinge eine Ausbildung und werden zugleich an Aufforstungsmaßnahmen sowohl im Lager als auch in der unmittelbaren Umgebung beteiligt. Außerdem erlernen sie dort, Gärten mit relativ dürrunempfindlichen Nutzpflanzen anzulegen.

Durch die enge Kooperation des UNHCR mit der kenianischen Polizei und die Einbeziehung der Flüchtlinge über gewählte Flüchtlingskomitees ist die Sicherheitslage im Lager Kakuma und den angrenzenden Gemeinden relativ gut.



Besuch in der Gesundheitsstation des Flüchtlingslagers

Sorgen bereitet nach wie vor die Gesundheitsversorgung, die sich auf Basisgesundheitsleistungen beschränkt, damit allerdings auf dem gleichen (niedrigen) Niveau liegt wie in der gesamten Turkana-Region. Für etwas kompliziertere operative Eingriffe gibt es kein Personal und auch nur sehr beschränkte Ressourcen, Behandlungsbedürftige in ein Krankenhaus nach Nairobi zu bringen.

Von Jeff Savage, dem Leiter des UNHCR-Flüchtlingslagers, wurde uns mitgeteilt, dass die Hilfsmaßnahmen für die Flüchtlinge in Kakuma unterfinanziert seien. Für bis zu 50 Prozent der beantragten Maßnahmen (u.a. Fortsetzung bereits laufender Programme) fehlten noch die finanziellen Zusagen.

Als Problem wurde auch geschildert, dass die letzten 200 Kilometer der Straße von Nairobi nach Kakuma in einem sehr schlechten Zustand seien und Hilfstransporte manchmal Stunden oder gar Tage lang feststeckten.

Nahezu alle Flüchtlinge hätten den Wunsch, in ihre Heimat zurückzukehren. Tatsächlich seien jedoch nur relativ wenige Flüchtlinge in den Südsudan und nach Somalia zurückgekehrt, weil die Sicherheitslage in vielen Regionen Somalias nach wie vor prekär sei. Durch das erneute Aufflammen bewaffneter Auseinandersetzungen im Südsudan sei der Rückkehrstrom von Flüchtlingen in ihre dortige Heimat zur Zeit wieder zum Erliegen gekommen.

## **b) Arbeitssessen mit Botschafterin Margit Hellwig-Boette sowie MitarbeiterInnen des UNHCR, der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und der politischen Stiftungen**

Bei diesem Arbeitssessen und Round-Table-Gespräch ging es um die aktuelle Situation in den Flüchtlingslagern in Kenia, die Ursachen der Hungersnot, um die „lessons learned“ und um Strategien, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit effizienter zu verbinden und die Dürre-resilienz zu verbessern.

MitarbeiterInnen des UNHCR und der Deutschen Welthungerhilfe, die in Dadaab tätig waren, berichteten, dass die Lage in dem mit mehr als 560.000 Flüchtlingen größten UNHCR-Lager der Welt zunehmend außer Kontrolle gerate. Aufgrund von immer mehr Anschlägen und Entführungen, die vermutlich auf das Konto von aus Somalia eingesickerten Al-Shabaab-Kämpfern gingen, sei die Sicherheitslage in Dadaab so prekär geworden, dass sich viele Hilfsorganisationen inzwischen zurückgezogen hätten.

Zwar würden rein mengenmäßig noch genügend Nahrungsmittel, Medikamente etc. nach Dadaab gebracht, die Verteilung übernahmen aber vor allem eilig angelernte MitarbeiterInnen, die selber Flüchtlinge sind und nicht die Autorität besäßen, für eine geordnete und gerechte Verteilung zu sorgen. Die Qualität der Versorgung würde darunter sehr leiden.

Viele Gesprächspartner berichteten, dass die kenianischen Behörden keine neuen Flüchtlinge mehr akzeptieren und die Registrierung verweigern würden. Von Seiten kenianischer Politiker würde immer häufiger der Wunsch geäußert, die internationale Gemeinschaft möge doch nun auf somalischem Boden – in der Pufferzone, in der die kenianische Armee die Al-Shabaab-Milizen vertrieben hätte – ein neues Flüchtlingslager aufbauen, damit Dadaab nach und nach entlastet werden könne.

Der Länderdirektor der Deutschen Welthungerhilfe in Kenia, Johann van der Kamp, äußerte die große Sorge, dass vielen (auch deutschen) PolitikerInnen und VertreterInnen von Hilfsorganisation die Situation in Dadaab „zu prekär und zu kompliziert“ sei. Er rief uns dazu auf, dafür zu sorgen, dass die Menschen in Dadaab nicht vergessen werden. Der Schlüssel zur Lösung der Probleme in Dadaab liege in der Stabilisierung der Lage in Somalia. Doch davon sei man noch weit entfernt. Deshalb müsse man davon ausgehen, dass noch lange eine große Zahl von Menschen in Dadaab leben werde. Die internationale Gemeinschaft müsse in ernsthaften Gesprächen mit der kenianischen Regierung darauf drängen und mit ihr gemeinsam dafür sorgen, dass die Flüchtlinge in Dadaab ein menschenwürdiges Leben in Sicherheit führen könnten.

Einen breiten Raum nahmen in der Diskussion die Ursachen für die gegenwärtige Ernährungskrise ein, die noch immer mehr als zehn Millionen Menschen betrifft. Alle waren sich einig, dass die Zunahme extremer Dürren eine Folge des Klimawandels sei. Kenia habe

jedoch kaum Anstrengungen unternommen, sich den veränderten klimatischen Bedingungen anzupassen – ganz im Gegensatz zum Nachbarland Äthiopien.

Außerdem gebe es in Kenia enorme Disparitäten zwischen den fruchtbaren und wirtschaftlich stärkeren Regionen um Nairobi und den von der Regierung vernachlässigten, relativ dünn besiedelten Dürreregionen – zum Beispiel der Turkana. Die Regierung konzentriere ihre „Wohltaten“ auf die dicht besiedelten Regionen um die Großstädte Nairobi und Mombasa – auch im Blick auf das Wählerpotenzial – und setze in ihrer Wirtschaftsstrategie vor allem auf das Exportgeschäft (u.a. Schnittblumen). Die Ernährungssicherung und die Unterstützung der KleinbäuerInnen und PastoralistInnen sei extrem vernachlässigt worden. Auch müsse die Infrastruktur ausgebaut werden – vor allem in den marginalisierten Regionen (Ausbau von Straßen, Lagerkapazitäten, regionalen Märkten). Wichtig sei auch die Schaffung von lokalen und regionalen Wertschöpfungsketten. Kenia habe zum Beispiel eine reiche Mangoernte, exportiere jedoch alle Früchte ins Ausland und führe dann wieder Mangosaft ein.

In der Diskussion wurde deutlich, dass die Gebergemeinschaft die kenianische Regierung dazu drängen und darin unterstützen müsste, ihre Politik viel stärker auf das Recht auf Nahrung für alle BürgerInnen (in allen Regionen) auszurichten. Dazu gehörten die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft – in erster Linie zur Erhöhung der Ernährungssicherheit –, Infrastrukturmaßnahmen sowie der Aufbau von Nahrungsmittelreserven und sozialen Sicherungssystemen, was eine höhere Steuerquote und eine effektivere Finanzverwaltung erfordert.

Zur Förderung der Landwirtschaft und Viehzucht seien auch Maßnahmen gegen die Bodenerosion nötig – sowie ein nachhaltiges und sozial verträgliches Wassermanagement.

Kontrovers wurde darüber diskutiert, wie man mit der zunehmenden Verelendung der Pastoralisten umgehen solle. Es wurde deutlich, dass es in dieser Frage bisher weder in der kenianischen Regierung noch in der Entwicklungszusammenarbeit überzeugende Konzepte gibt, sondern eher einen Richtungsstreit zwischen denen, die im Nomadentum eher ein „Entwicklungshemmnis“ sehen und denen, die eine Unterstützung für die Pastoralisten fordern, weil für semiaride Gebiete die Wanderviehzucht die nachhaltigste Bewirtschaftungsform sei.

Es wurde darauf verwiesen, dass diese Frage im März in Berlin auf einer Fachkonferenz von BMZ und GIZ vertieft diskutiert werden soll.

### **c) Fahrt nach Kajiado und Besuch von Wasserprojekten der Deutschen Welthungerhilfe**

Die Welthungerhilfe hat sich in Kenia „water harvesting“ zum Hauptthema gesetzt. Nach einer Vorstellung von Prinzipien, Herangehensweise und Erfolgen in der Zentrale in Kajiado durch den Regionaldirektor Johann van der Kamp, bekamen wir die Gelegenheit, ein „Rock-Catchment“ Projekt in Impiro zu besuchen und mit Mitgliedern des dortigen Wasser-Beirats über die Abläufe, Erfahrungen und Erwartungen zu sprechen. Beeindruckend waren „ownership“ und die damit verbundene Bereitschaft der Menschen, sich zu beteiligen, einschließlich der vom Direktor angesprochenen höheren Preise für Wasser.

Die Vision der Welthungerhilfe: „Eine Welt ohne Hunger und Armut“ beginnt in Kenia an dieser sehr bedeutsamen Stelle: beim Wasser. Bei den Rock-Catchment-Projekten handelt es sich um Felsen, die so hergerichtet werden, dass bei Regenschauern möglichst viel Wasser an der Oberfläche in die Richtung eines Rückhaltebeckens geleitet wird (genauere Beschreibung im Anhang). Das Wasser wird dort gefiltert, in Tanks gefüllt und geprüft (auf Kolibakterien). In einem Wasserkiosk werden die BewohnerInnen des Umlandes versorgt. So wird eine Versorgung ganzjährig gewährleistet. In kleineren Projekten werden Dächer genutzt und - ebenfalls über Rohre und Tanks - die Versorgung für Schulen oder Projekte sicher gestellt. Auch ein solches Vorhaben konnten wir besichtigen.

Die Vorteile dieser Art der Wassernutzung sind die lange Nutzbarkeit, wenn die Finanzierung für den Beginn gesichert ist. Es braucht wenig Wartung und durch die gemeinschaftliche Nutzung sowie die Bezahlung kleinster Beiträge kann nachhaltig Versorgung und Hungerresilienz entstehen.



Massai-Frauen vor der Kirche in Impiro

#### **d) Äthiopien: Besuch des Meret-Programms des Welternährungsprogramms**

Nach einem Briefing mit den offiziellen VertreterInnen der Region, den Leitern des WFP und der Vorstellung der Rahmendaten des Projekts fuhren wir aufs Land um das Projekt mit seinen physischen und bio-physischen Aktivitäten selber in Augenschein zu nehmen. Auf dem Land, 130 km außerhalb von Addis Abeba, empfing uns eine große Gruppe von Mitgliedern und LeiterInnen des Projektes und stellte uns alle Aspekte der Arbeit vor. MERET steht für: Managing Environment Resources to Enable Transition to more sustainable Livelihood.

Dabei soll (und wird) hauptsächlich durch Oberflächenveränderung und -behandlung aus unfruchtbarem, trockenem Land fruchtbare Äcker werden. Der Regen kann so langsamer einsickern (statt schnell abzufließen und die Krume mitzureißen), und die Quellen unten am Berg versiegen auch über die Trockenzeit hinweg nicht.

Nach knapp 3 Jahren Projektzeit sind bereits erstaunliche Erfolge zu erkennen:

- die Ernte hat sich um 80 % verbessert.
- die Männer müssen mit den Tieren nicht mehr wegziehen
- die Frauen brauchen keine weiten Wege mehr für Wasser zurückzulegen
- durch die Nutzung ökologischer Düngung können die Projektteilnehmer sparen, und der Kunstdüngerverbrauch geht zurück

- inzwischen ist der Berg wieder vollständig bewachsen, was Hoffnung bringt, weiterhin Wasser „aufzufangen“

Die Community kann dieses „Water-Shed“-Programm mit geringem technischer Aufwand (von außerhalb) weiterführen. Insbesondere die Frauen berichteten uns von den vielen Vorteilen und Erleichterungen, die diese Form der Nutzung von Land und Wasser für sie haben.

#### **e) Besuch des UNHCR-Flüchtlingslagers Dollo Ado sowie Vor- und Nachbereitungstreffen mit Vertretern des UNHCR und des WFP**

Der Besuch des UNHCR-Flüchtlingslagers Dollo Ado sowie Vor- und Nachbereitungstreffen mit hohen Repräsentanten des UNHCR, des WFP und der äthiopischen Flüchtlingsbehörde ARRA verschaffte uns nicht nur einen Überblick über die Lage der ca. 150.000 – 180.000 somalischen Flüchtlinge in Äthiopien, sondern auch Informationen und Einschätzungen zur Lage in Somalia.



„Nachhaltiges Transportwesen“ im Meret-Projekt

Transit-Center des Flüchtlingslager Dollo Ado – in der Wüste

In Dollo Ado erfuhren wir von äthiopischen Regierungsvertretern, dass die äthiopische Armee bereits 40 Kilometer auf somalischen Boden vorgedrungen sei und vorhabe, eine etwa 70 Kilometer breite Pufferzone einzurichten. Es sei damit zu rechnen, dass im Zuge dieser Kampfhandlungen rund 50.000 weitere somalische Flüchtlinge in die fünf Lager um Dollo Ado strömen werden, in denen bereits jetzt 140.000 Flüchtlinge leben. Die äthiopische Flüchtlingsbehörde ARRA drängt deshalb den UNHCR zur Einrichtung eines weiteren Camps im Raum Dollo Ado, um die Aufnahmekapazitäten zu erhöhen.

Wir hatten in Dollo Ado die Gelegenheit mit Neuankömmlingen zu reden. Einige berichteten, dass sie geflohen seien, weil die Shabaab-Milizen ihre Kinder als Kindersoldaten zwangsrekrutieren wollten. Auch im äthiopisch-somalischen Grenzgebiet wird damit gerechnet, dass die von zwei Seiten in Bedrängnis geratene Shabaab immer stärker zur asymmetrischen Kriegsführung übergehen und hinter den gegnerischen Linien mit Anschlägen durch kleine Terrorgruppen operieren werde. Seit den Schüssen auf ein Fahrzeug des Kinderhilfswerks „Save the Children“ Mitte Januar hat es aber bisher keine weiteren Angriffe auf ausländische humanitäre Hilfskräfte in Äthiopien gegeben.



Flüchtlingsfamilie aus Somalia im UNHCR-Camp Dollo Ado

Während sich in den Gebieten Somalias, die nicht von der Shabaab kontrolliert werden, die Ernährungssituation in den letzten Wochen aufgrund der sich verbessernden klimatischen

Bedingungen und den Hilfsaktionen der internationalen Gemeinschaft etwas entspannt habe, bleibe die Lage der Menschen in den von der Shabaab kontrollierten Gebieten sowie in den Kampfzonen prekär. Nach dem Rauschmiss des Internationalen Roten Kreuzes, einer der letzten Hilfsorganisationen, die noch bis Ende Januar von der Shabaab akzeptiert wurde und in den von ihr kontrollierten Gebieten arbeiten konnte, sind nach Schätzungen des WFP rund 250.000 Hungernde ohne Hilfe. Doch dies sind – wie gesagt - Schätzungen, weil es gesicherte Informationen über die Lage in den von der Shabaab kontrollierten Gebieten nicht gibt.

Deshalb sei auch die jetzt erfolgte Herunterstufung der Hungersituation am Horn von Afrika durch die Welternährungsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen von der höchsten Stufe („famine“ = schwere Hungersnot) auf die zweithöchste („emergency level crisis“ = notstandsmäßige Krise) von insgesamt fünf Stufen mit Vorsicht zu genießen.

Die Zahl der vom Hunger betroffenen Menschen am Horn von Afrika sei zwar von rund 13 auf rund zehn Millionen Menschen zurückgegangen, falle jedoch in der bevorstehenden „kleinen Regenzeit“ nicht genug Niederschlag, und gelinge es nicht, daraufhin gute Ernten einzufahren, könnte die Zahl der Hungernden wieder schnell ansteigen.

Im UNHCR-Flüchtlingslager Dollo Ado wurden uns alle Stationen gezeigt, die ankommende Flüchtlinge durchlaufen: von der Erstversorgung, Befragung, Registrierung, medizinischen Untersuchung über die Verteilung auf die fünf Camps und die Zuteilung von Berechtigungsscheinen für Zelte, Kocher, Geschirr, Solarlampen und weitere Hilfsgüter.

Soweit sich dies nach einem anderthalbtägigen Besuch beurteilen lässt, haben wir den Eindruck von einem gut organisierten Flüchtlingslager gewonnen. Uns wurde jedoch berichtet, dass sich die Lage erst in den letzten Monaten entspannt hätte, nachdem der Zustrom neuer Flüchtlinge nachgelassen hatte (auf zur Zeit 50 bis 100 pro Tag). Im Sommer letzten Jahres seien an einigen Tagen mehr als tausend Flüchtlinge im Lager eingetroffen, von denen einige so ausgehungert waren, dass sie nicht mehr gerettet werden konnten.



Wasserstation im UNHCR-Flüchtlingslager Dollo Ado

Und in der Regenzeit im Herbst hätte es große Probleme gegeben, das Lager mit ausreichend Hilfsgütern zu beliefern. Mehrere Tage lang sei aufgrund der aufgeweichten Straßen und der Landebahn (beides Sandpisten) das Lager von der Außenwelt abgeschnitten gewesen.

Immer wieder wurden wir auf den überraschenden Abbruch der Mission des THW angesprochen. Die THW-Mitarbeiter hätten Großartiges geleistet, den Fuhrpark der VN-Organisationen und einiger NGOs in Stand gehalten, Pumpen für die Wasserversorgung installiert sowie Stromaggregate für die Krankenstationen und Zelthospitäler gewartet und repariert.

Das THW sei die einzige Organisation, die aufgrund von Sicherheitsbedenken eilig ihre Mission beendet und ihr Personal abgezogen hätte. Dies hätte beim UNHCR, dem WFP, den äthiopischen Behörden und allen Hilfsorganisationen großes Unverständnis und Bedauern ausgelöst. Uns wurde von „schmerzlichen Lücken“ berichtet, die durch den eiligen Abzug der THW-Mitarbeiter entstanden seien, da es kaum möglich sei, äthiopische Fachkräfte zu gewinnen, die die zuvor vom THW geleistete Arbeit in ähnlichem Umfang und vergleichbarer Qualität verrichten könnten. Wir wurden mehrfach mit Nachdruck gebeten, dies der Bundesregierung und dem für die Abzugsentscheidung zuständigen Bundesinnenministerium zu berichten und eine Rückkehr der THW-Mitarbeiter anzuregen.

**f) Arbeitssessen mit Botschafterin Cyrus, MitarbeiterInnen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, politischer Stiftungen und weiteren EntwicklungsexpertInnen**

Bei diesem Treffen wurde deutlich, dass die Licht- und Schattenseiten der kenianischen und der äthiopischen Regierung in ganz unterschiedlichen Bereichen liegen.

Bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems spielt die äthiopische Regierung eine positive Rolle und verhält sich über ihre Flüchtlingsbehörde ARRA sehr kooperativ und arbeitet eng mit den internationalen Organisationen zusammen. Auf den internationalen Konferenzen zur Bewältigung der Hungersnot am Horn von Afrika und des Konflikts in Somalia hat Äthiopien „offene Grenzen“ angeboten, wenn sich die internationale Gemeinschaft der Versorgung der Flüchtlinge annehme und dabei auch die äthiopische Bevölkerung in der Nachbarschaft der Flüchtlingslager einbeziehe. Im Gegensatz zur kenianischen Regierung, die zunehmend abwehrend gegenüber den Flüchtlingen reagiert, sieht die äthiopische Regierung in der Aufnahme von Flüchtlingen eher eine Entwicklungschance.

Im Gegensatz zu vorherigen Dürren sei die äthiopische Regierung im vergangenen Jahr durch eine Verbesserung präventiver Maßnahmen (z.B. Aufbau von Nahrungsmittelreserven, Bodenschutzmaßnahmen, Schaffung von sozialen Sicherungssystemen) und enger Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft mit der Dürre sehr viel besser zurechtgekommen. Man musste zwar internationale Hilfe in Anspruch nehmen, konnte aber – ganz im Gegensatz zum wirtschaftlich stärkeren Nachbarland Kenia – Hungertote vermeiden.

Bei den Menschenrechten, vor allem den Freiheitsrechten, ergibt sich ein ganz anderes Bild. Hier schneidet Kenia deutlich besser ab, während in Äthiopien der Spielraum für die Opposition und kritische JournalistInnen und Nichtregierungsorganisationen immer enger wird. Scheinbar hat die äthiopische Regierung Angst, dass der Funke des „arabischen Frühlings“ auch auf das eigene Land überspringen könnte. Die meisten der am Tisch versammelten Experten waren jedoch der Meinung, dass von der zerstrittenen Opposition keine „Gefahr“ für die Regierung ausgehe und die Nervosität der Regierung unbegründet sei.

So positiv auch die Maßnahmen der Regierung zur Verbesserung der Ernährungssicherheit und Dürre-resilienz auf dem Hochland zu bewerten seien, so kritisch müsste die langfristige Verpachtung riesiger Flächen im Süden des Landes an ausländische Investoren gesehen werden. In Folge dieser auch als „land grabbing“ zu bezeichnenden Großinvestitionen sei es wiederholt zu Vertreibungen von KleinbäuerInnen, Nomaden – teils indigenen Minderheiten – gekommen. Einige Experten warnten zudem vor ökologischen und sozialen Verwerfungen – auch mit Auswirkungen auf die benachbarte Turkana-Region in Kenia – wenn tatsächlich die Pläne umgesetzt werden sollten, im Grenzgebiet auf riesigen Plantagen Zuckerrohr anzupflanzen.

Ähnlich wie bei dem Expertengespräch in Nairobi gab es in der Runde unterschiedliche Einschätzungen zum Umgang mit den Pastoralisten. Es gibt anscheinend Anzeichen dafür, dass die äthiopische Regierung bereit sei, ihre offensiven (und zum Teil auch aggressiven) Bemühungen, Nomaden sesshaft zu machen, zumindest zu begrenzen.

Kontrovers wurde darüber diskutiert, mit welcher Deutlichkeit und Konsequenz die Bundesregierung gegenüber der äthiopischen Regierung auf Menschenrechtsverletzungen und „land grabbing“ reagieren sollte. Einigkeit bestand darin, dass ein vollständiger Rückzug aus der Entwicklungszusammenarbeit allein schon mit Blick auf die angespannte Ernährungssituation in der Region und mit Rücksicht auf die verletzlichsten Bevölkerungsgruppen absolut unverantwortlich sei. Unterschiedlich gewichtet wurde jedoch, ob man es bei der „leisen Diplomatie“ belassen sollte oder gegen die zunehmenden Einschränkungen der Arbeitsmöglichkeiten für politische Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen und die äthiopische Opposition und Presse sowie gegen problematische Landverpachtungen an Großinvestoren zusammen mit anderen Gebern deutlicher und öffentlicher protestieren sollte. Das Argument, die äthiopische Regierung sei auf die deutsche und europäische Entwicklungszusammenarbeit nicht angewiesen und würde bei einer Verschärfung des Tons seitens der Europäer stärker mit den Chinesen zusammenarbeiten, wurde von einigen Diskussionsteilnehmern in Frage gestellt. Sie bemängelten, Deutschland würde seine Einflussmöglichkeiten nicht ausschöpfen.

Alle stimmten darin überein, dass in den Regierungsverhandlungen und im ständigen Dialog stärker auf die sowohl von Deutschland als auch von Äthiopien offiziell anerkannten Menschenrechte, einschließlich der von beiden Ländern im Rahmen der FAO ratifizierten Leitlinien zum Recht auf Nahrung und zum verantwortungsbewussten Umgang mit Land, Bezug genommen und auf die Rechenschaftspflichten beider Seiten verwiesen werden sollte.

### **g) Treffen mit VertreterInnen der neuen Oppositionspartei Blue Party**

Einen guten Eindruck gewannen wir von den Vertreterinnen und Vertretern der neuen Oppositionspartei „Blue Party“. Auch wenn die Zukunftsvisionen und inhaltlichen Vorstellungen der neuen Partei in dem Gespräch noch etwas allgemein blieben (Demokratie, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Versöhnung, nachhaltige Entwicklung, Ernährungssicherung), so fiel uns doch die überwiegend vorwärts gerichtete Argumentation auf. Im Gegensatz zu den meisten traditionellen Oppositionsparteien, die vor allem die Fehler und Missetaten der Regierung anprangern aber nur wenig über ihre konkreten Ideen und Programme reden.

Das junge Leitungsteam der „Blue Party“ will besonders die jüngeren Generationen ansprechen und dabei vor allem auch Frauen Mut machen, sich stärker politisch zu engagieren. Auch in der parteiinternen Kommunikation und bei

Entscheidungsfindungsprozessen will die „Blue Party“ neue Wege einschlagen, um mehr Partizipation zu ermöglichen.

Dabei macht sich die Leitung der „Blue Party“ keine Illusionen über kurzfristige Erfolgsaussichten. Man geht davon aus, dass auch die Repressalien von Seiten der Regierung zunehmen werden, je bekannter und erfolgreicher die neue Oppositionspartei wird.

#### **h) Mittagessen mit weiteren OppositionsvertreterInnen**

Neben dem Ziel, einen Überblick über die humanitäre Lage in den beiden Ländern am Horn von Afrika zu erlangen, war es uns wichtig einen Einblick in die politische Situation, insbesondere was die gesellschaftlichen Kräfte angeht, zu gewinnen. Deshalb trafen wir uns zum Mittagessen mit vier Vertretern der Opposition zusammen mit Patrick Berg (Heinrich Böll Stiftung) und der Deutschen Botschafterin Cyrus. Die Gesprächsteilnehmer waren: Dr. Negaso Gidada, Dr. Merara Gudina, Professor Beyene Petros und Hailu Shawel (drei Vertreter des Parteienbündnisses MADRAC und ein Vertreter der AEUP).

Bei diesem Gespräch, wie auch bei Gesprächen mit anderen Oppositionellen und MenschenrechtsverteidigerInnen, wurde uns die äußerst komplizierte Lage in Äthiopien deutlich. Während die Vertreter der „Blue Party“ am Vormittag noch sehr konstruktiv und in die Zukunft schauend von der Situation und den begrenzten Chancen sprachen, war das Treffen geprägt von Rückschau und Bitterkeit.

Einige Auszüge aus dem Gespräch: Im Januar waren ihrer Auffassung nach übertrieben optimistische Berichte erschienen, die sich unter anderem auf den Besuch von Herrn Löning bezogen. Die Lage wird von allen aber für sehr prekär angesehen – aus menschenrechtlicher Sicht:

- Menschenrechtsverletzungen greifen um sich
- Einige Leiter werden nur deshalb beschützt und bewahrt um nach außen ein „sauberes Bild“ abzugeben.
- Staatsbedienstete seien aber nur „moderne Sklaven“
- Von Kader-Rekrutierung war die Rede, von einem sehr engen Überwachungsnetz
- Bedrohungen (persönlich und körperlich) nehmen zu

Die Opposition habe versucht in Verhandlungen einzutreten – was abgelehnt wurde. Zudem wurde berichtet, wie die Opposition unterwandert und infiltriert wird; mit Agitation von innen und außen würde die Partei ausgehöhlt und übernommen. Aktive Mitglieder werden inhaftiert. Zwei Tage zuvor wollten 27 Mitglieder wechseln und sitzen jetzt (am Tag unseres Treffens) alle im Gefängnis. Dieses Durcheinander geht jetzt schon ca. 6 Monate. Alle formellen Verhandlungen seien nur Schau-Treffen um die internationalen Beobachter zufriedenzustellen.

Dr. Merara Gudina berichtete von vollständiger Kontrolle und einer gekauften Justiz, sowie im Allgemeinen zunehmender Korruption. Hinter all diesen Entwicklungen stehe, so Merara „die Mutter aller Probleme – das Anti-Terrorismus-Gesetz“. Bezugnehmend auf ein von ihm gegebenes Interview mit dem Spiegel im Jahr 2005 („You left us alone“) sagte der ehemalige Präsident des Oromo-Volkskongresses (OPC), dass die Erosion aller Menschenrechte in Äthiopien noch schlimmer ausgefallen ist, als damals befürchtet. Die Opposition im In- und Ausland (z.B. Eritrea) wird dämonisiert, die freie Meinungsäußerung ist zurückgedrängt auf ein fast unsichtbares Maß, Abhörung ist allgegenwärtig, Versammlungsorte für Parteien werden nicht zur Verfügung gestellt oder Demonstrationen in letzter Minute wieder abgesagt.

Neben den Berichten von den Hilfsorganisationen, den politischen Stiftungen und einzelnen Menschenrechtsverteidigern in diesem Land, war es sehr erhellend diese langjährig aktiven politischen Akteure zu hören und die großen Schnittmengen in den Informationen wahrzunehmen.

#### **i) Treffen mit Staatsminister Sileshi im Landwirtschaftsministerium**

Staatsminister Sileshi erläuterte uns im Landwirtschaftsministerium ausführlich die Agrar- und Ernährungssicherungsstrategie der äthiopischen Regierung. Wir würdigten die Erfolge der Regierung in der Verbesserung der Ernährungssicherung. Durch präventive Maßnahmen sei die Widerstandsfähigkeit gegen Dürren derart erhöht worden, dass es bei der großen Dürre im letzten Jahr – ganz im Gegensatz zu mehreren Nachbarländern – in Äthiopien nicht zu Hungertoten gekommen war. Die erfolgreiche Entwicklungskooperation sollte auf diesem Gebiet fortgesetzt und ausgeweitet werden.

Einen breiten Raum nahmen in unserem Gespräch die nicht unumstrittenen Maßnahmen der äthiopischen Regierung zur Sesshaftmachung der Nomaden, und vor allem die langjährige Verpachtung großer Landflächen an ausländische Investoren ein, die von kritischen Nichtregierungsorganisationen und Journalisten als „land grabbing“ bezeichnet werden.

Staatsminister Saleshi erklärte, dass nur Land an ausländische Investoren verpachtet werde, das unbewohnt und vorher nicht anderwärtig genutzt worden sei. Wir entgegneten, dass zahlreiche Berichte von Menschenrechts- und Naturschutzorganisationen sowie Presseberichte vorlägen, die sehr wohl Vertreibungen, Zwangsumsiedlungen ohne adäquate Entschädigung und der Zerstörung wertvoller Naturschutzgebiete belegten. Staatsminister Saleshi behauptete, diese Organisationen und Journalisten würden die Unwahrheit verbreiten.

Wir wiesen darauf hin, dass in vergleichbaren Konfliktfällen, bei denen auch Aussage gegen Aussage gestanden hätte, der Entwicklungsausschuss des Deutschen Bundestages

Befürworter und Kritiker eines umstrittenen Projekts aufgefordert hätten, in Form einer gemeinsamen Fact-Finding-Mission vor Ort zu recherchieren. Es hätte schon mehrfach solche gemeinsamen Evaluierungen gegeben. In einem Fall hätten sich die Vorwürfe einer Nichtregierungsorganisation als unbegründet erwiesen. In einem anderen Fall seien in der Tat Probleme und Fehlentwicklungen festgestellt und anschließend behoben worden. Es könnte ja auch sein, dass die Kontrolle vor Ort nicht funktioniere und in fern abgelegenen Regionen Dinge geschehen, von denen die Zentralregierung nichts wüsste. Staatsminister Saleshi erklärte, er wolle über die Möglichkeit einer gemeinsamen Kontrolle und Evaluierung vor Ort nachdenken.

#### **j) Treffen mit Prof. Mesfin Woldemariam und anschließend mit VertreterInnen des äthiopischen Human Rights Council**

Auch in Gesprächen mit Prof. Mesfin Woldemariam und VertreterInnen des äthiopischen Human Rights Council wurde die Verschlechterung der Menschenrechtslage beklagt. Der Spielraum für die Opposition sowie für kritische Nichtregierungsorganisationen, JournalistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen werde immer enger. Die Zahl der willkürlichen Verhaftungen nehme zu. Auch von Folter werde vermehrt berichtet.

Das neue NGO-Gesetz führe dazu, dass finanzielle Unterstützung aus dem Ausland sehr erschwert bis nahezu unmöglich gemacht werde. Die Vertreter des Human Rights Council berichteten, dass es nicht mehr möglich sei, die Arbeit im bisherigen Umfang fortzusetzen. Für umfangreiche Recherchen, die Erstellung von qualitativ hochwertigen Menschenrechtsberichten und Gutachten sowie für die Unterstützung von durch Menschenrechtsverletzungen Betroffenen, fehlten immer mehr die finanziellen und personellen Ressourcen. Die Zahl der Menschen, die in der Lage und bereit seien, als Menschenrechtsverteidiger zu arbeiten, würde ständig abnehmen.

Die Vertreter des HRC baten uns, das Ersuchen an die Bundesregierung heranzutragen, Menschenrechtsverletzungen stärker und öffentlich wahrnehmbarer anzuprangern und in den Verhandlungen und Dialogen mit der äthiopischen Regierung zu thematisieren. Sie distanzieren sich jedoch von der Forderung einiger Oppositionsgruppen, die Entwicklungszusammenarbeit mit Äthiopien komplett einzustellen. Die Entwicklungszusammenarbeit mit der äthiopischen Regierung sollte jedoch differenziert betrachtet und überprüft werden. Es müsse ausgeschlossen werden, dass Nutznießer einiger Programme und Projekte – wie etwa im Bereich der Hochschulförderung – ausschließlich Anhänger der Regierung bzw. Mitglieder der Regierungspartei seien.

## **k) Pressegespräch mit dpa-Korrespondentin**

In dem abschließenden Pressegespräch fassten wir unsere wichtigsten Erkenntnisse und Schlussfolgerungen zusammen:

- Auch wenn der Höhepunkt der gegenwärtigen Ernährungskrise am Horn von Afrika überschritten ist, kann von einer Entwarnung keine Rede sein. Noch immer sind in der Region rund 10 Millionen Menschen auf humanitärer Hilfe angewiesen (zum Höhepunkt der Krise waren es 13 Millionen) und zu schätzungsweise 250.000 extrem notleidenden Menschen in umkämpften bzw. von den Shabaab-Milizen kontrollierten Gebieten Somalias haben internationale Hilfsorganisationen keinen Zugang mehr. Ihre Lage ist sehr besorgniserregend. Prekär ist auch die Situation für die 560.000 Menschen, die in dem außer Kontrolle geratenen Flüchtlingslager Dadaab leben. Die internationale Gemeinschaft muss sich stärker als bisher diesen Herausforderungen stellen und auch auf die kenianische Regierung einwirken, damit diese eine konstruktivere Rolle bezüglich einer Verbesserung der Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern von Dadaab einnimmt.
- Die Hungersnot am Horn von Afrika hat vermutlich bis zu 100.000 Menschen das Leben gekostet. Viele dieser Todesopfer wären vermeidbar gewesen (nach einer von Oxfam in Auftrag gegebenen Studie mehrere Zehntausend), wenn die betroffenen Länder mehr präventive Maßnahmen ergriffen und die internationale Gemeinschaft nach den ersten Hinweisen auf eine Eskalation, spätestens jedoch nach dem dramatischen Hilferuf aus der Region und dem Appell von VN-Generalsekretär Ban Ki Moon, schneller und umfassender reagiert hätten. Die Frühwarnsysteme hatten diesmal funktioniert. „Early warning“ führte aber nicht zu „early action“. Dies ist u.a. auch auf die europäische Finanz- und Schuldenkrise zurückzuführen, da einige EU-Mitgliedsländer diesmal deutlich weniger Hilfsgelder zur Verfügung stellten als bei vergleichbaren Katastrophen in der Vergangenheit.
- Da in Folge von Kampfhandlungen zwischen der äthiopischen Armee und der Shabaab-Miliz in Somalia mit einem erneuten Anstieg der Flüchtlingszahlen zu rechnen ist, sollte die internationale Gemeinschaft sich darauf vorbereiten, dass die Flüchtlingshilfe im UNHCR-Lager Dollo gegebenenfalls ausgeweitet werden muss.
- Da sich die Ernährungskrise in der nächsten Trockenzeit wieder verschärfen kann, muss jetzt die humanitäre Hilfe mit Maßnahmen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe intelligent verzahnt werden – ebenso mit mittel- und langfristiger orientierter Entwicklungszusammenarbeit. Dabei muss es vor allem darum gehen, die Menschen in den am stärksten betroffenen und bedrohten Regionen widerstandsfähiger gegen Dürren zu machen. Besonders KleinbäuerInnen und Nomaden brauchen Unterstützung (Zugang zu Land, Wasser, Saatgut, Beratung, Veterinärdienstleitungen) und eine Verbesserung der Infrastruktur, damit ihre Produkte besser vermarktet werden können – vorrangig in der Region, um zur

Ernährungssicherung beizutragen. Vor allem eine Verbesserung des Wassermanagements und Maßnahmen gegen die Bodenerosion sind notwendig, um eine Ausdehnung der Wüstenbildung zu verhindern.

- Die von uns besuchten Projekte der Deutschen Welthungerhilfe (in Kenia) und des Welternährungsprogramms (in Äthiopien) haben auf uns einen sehr guten Eindruck gemacht. Es war spürbar, dass sie von der Bevölkerung getragen werden (ownership) und stark zur Dürre-resilienz beitragen. Sie sollten unbedingt fortgesetzt werden. Mit Sorge erfüllt uns, dass zum Zeitpunkt unserer Reise die Anschlussfinanzierung für das von uns besuchte Projekt der Welthungerhilfe über den April 2012 hinaus noch nicht gesichert war. Inzwischen haben wir erfahren, dass diese Finanzierungsunsicherheit viele bisher vom BMZ geförderte Projekte der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe (ENÜH) in der Region betrifft und auch Mitte April die Unsicherheiten noch nicht restlos geklärt waren. Dies hängt möglicherweise mit der Neuordnung der Kompetenzen für die Not- und Übergangshilfe zusammen, für die künftig zum größten Teil das Auswärtige Amt zuständig sein soll. Es muss unbedingt verhindert werden, dass sehr sinnvolle und erfolgreiche Projekte, die die Zielgruppen erreichen und von diesen getragen werden, aus finanziellen oder aus Gründen ungeklärter Zuständigkeiten unterbrochen werden.
- In den beiden von uns besuchten UNHCR-Flüchtlingslagern in Kakuma (Kenia) und Dollo Ado (Äthiopien) konnten wir uns von der guten Organisationsstruktur überzeugen – auch davon, dass die Flüchtlinge dort nicht nur mit dem Nötigsten versorgt sondern auch auf ihre Rückkehr in ihre Heimat vorbereitet werden (u.a. mit Ausbildungsprogrammen und durch Demokratie-Erfahrungen, die sie z.B. bei der Wahl von Flüchtlings- und Wasserkomitees machen).
- Im UNHCR-Flüchtlingslager Dollo Ado hat der plötzliche Abzug der dort sehr geschätzten Mitarbeiter des THW große Lücken hinterlassen und Probleme verursacht. Dass das THW als einzige Hilfsorganisation das Lager verlassen hat, wird von allen anderen Hilfsorganisation, dem UNHCR und den äthiopischen Behörden nicht verstanden. Wir sind mehrfach und nachdrücklich gebeten worden, das zuständige Bundesinnenministerium um eine Überprüfung und ggf. Revidierung dieser Entscheidung zu bitten.
- Die Licht- und Schattenseiten der kenianischen und äthiopischen Regierung sind diametral entgegengesetzt bzw. liegen in sehr unterschiedlichen Bereichen. Während das von der Dürre stark betroffene Äthiopien aufgrund großer Anstrengungen im Präventionsbereich (z.B. Aufbau von Nahrungsmittelreserven und sozialen Sicherungssystemen, Maßnahme gegen Bodenerosion und Wüstenbildung, Aufbau von Bewässerungssystemen etc.) und guter Zusammenarbeit mit internationalen Hilfsorganisationen im Rahmen dieser Ernährungskrise keine Hungertoten zu

beklagen hatte, starben im wirtschaftlich stärkeren Nachbarland Kenia zahlreiche Menschen. Dort wurden sowohl präventive Maßnahmen vernachlässigt als auch Maßnahmen des sozialen Ausgleichs zwischen den prosperierenden Ballungszentren und den verarmten Randregionen, wie z.B. der Turkana. Im Menschenrechtsbereich – vor allem was die Freiheitsrechte (Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit, Demokratie) betrifft – ergibt sich ein umgekehrtes Bild. Während Kenia seinen Bürgerinnen und Bürgern diese Rechte gewährt, wird in Äthiopien der Spielraum für die Opposition und kritische Nichtregierungsorganisationen, JournalistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen immer enger. Menschenrechtsverletzungen gibt es in Äthiopien auch in Folge der Verpachtung großer Landflächen an ausländische Investoren. Dieses „land grabbing“ soll nach Recherchen mehrerer auch internationaler Menschenrechtsorganisationen häufig mit Zwangsumsiedlungen, Vertreibungen und der Zerstörung wertvoller Naturschutzgebiete verbunden sein. Die Bundesregierung sollte beiden Regierungen gegenüber die kritischen Punkte – Vernachlässigung armer Randregionen und Vernachlässigung der Ernährungssicherung in Kenia, Menschenrechtsverletzungen in Äthiopien – klar und deutlich ansprechen, auf Verbesserungen drängen und dafür Zusammenarbeit anbieten.

## Anhänge

- a. Infosheet der Welthungerhilfe (Regional Office for Kenya, South Sudan, Somalia, Tanzania) zum derzeitigen Projekt-Portfolio
- b. WFP Ethiopia Site Visit Brief – MERET Project
- c. Amnesty International : “Äthiopien - Menschenrechtsarbeit illegal?”
- d. Teilnehmerliste beim Abendessen in Addis Abeba am 30.01.2012
- e. „EU striving to strengthen the capacity of Ethiopian CSOs, *Capital*, 29.01.2012
- f. Reisedrahtbericht der äthiopischen Botschaft

Teilnehmerliste beim Abendessen in Addis Abeba am 30.01.2012

No.	Name	Status
<b>Deputy Executive Director</b>		
1	Sheila Sisulu	
<b>UNHCR</b>		
2	Mr. Moses Okello	
3	Mr. Bornwell Kantande	
<b>German Embassy</b>		
4	Mr. Michael Biontino	
5	Mr. Bernhard Trautner	
<b>Country Office</b>		
6	Abdou Dieng	
7	Felix Gomez	
8	Lynne Miller	
9	Purnima Kashyap	
10	Fatai Adegoboye	
11	Jutta Neitzel	
12	Judith Schuler	
13	Aytenuw Birhanu	
14	Giorgia Testolin	
15	Giammichele DeMaio	
16	Arega Yirga	
17	Selamawit Teshome	
<b>Liason Office</b>		
18	StevenWere Omamo	
19	Menghestab Haile	